Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 85.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Zeile für Anzeigen aus Stadt und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, einschließlich Beilagen 1 Reichsmark, amtlicher Teil 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 44 — Sonntag, den 21. Februar 1932 — 27. Jahrgang

Die Entwicklung der Präsidentenfrage

Erklärungen der Führer des Kyffhäuserbundes und des DHV.

Der DHV.-Vorsitzende für Hindenburg

Berlin, 18. Februar. Im Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche" schreibt der Verbandsvorsteher des DHV., Hans Bechly, zur Reichspräsidentenwahl u. a.:

„Schon vor sieben Jahren sei er für Hindenburg eingetreten, und seitdem habe sich nichts geändert. Er stehe auch jetzt treu und unerschütterlich zu Hindenburg. Das binde, so erkläre er, nicht jedes Mitglied des DHV. Ich maße mir, erklärt Bechly, keine Befehlsgewalt an, die überhaupt kein Mensch in Deutschland hat. Andererseits bin ich nicht so naiv, zu glauben, daß meine Unterschrift nicht mehr zu bedeuten hat als die eines beliebigen Privatmannes. Nein, ich habe sie gegeben im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung als Führer des DHV., die ich damit übernehmen muß. Angesichts des anscheinend nicht mehr zu vermeidenden Haßkampfes mit allen seinen furchtbaren Folgen ist es um so notwendiger, daß wenigstens noch einige überparteiliche Kräfte in Deutschland zurückbleiben für den wieder notwendig werdenden Ausgleich."

Kyffhäuserbund und Präsidentenwahl

Die Kundgebung des Generals v. Horn, des Präsidenten des Reichskriegerbundes Kyffhäuser, ist verschiedentlich Angriffen ausgesetzt gewesen. General von Horn veröffentlicht daher jetzt eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Im Parolebuch vom 12. April 1925 befindet sich ein Aufruf, der von dem damaligen Bundespräsidenten, Generaloberst v. Heeringen, unterschrieben ist. Dort heißt es am Schlusse: „Soeben wird die Nominierung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg bekanntgegeben. Kameraden hilf unserem Ehrenpräsidenten zum Siege!" Damals hatte die Bundesleitung also keine Bedenken, zur Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen, obwohl schon Gegenkandidaten aufgestellt waren.

Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl ist leider in ein parteipolitisches Fahrwasser geraten. Aus diesem Grunde hatte sich der Bundesvorstand zunächst einer Stellungnahme enthalten. Ich habe auch eine Teilnahme an dem Sahm-Ausschuß abgelehnt. Der Feldmarschall hat dann aber die bestimmte Erklärung gefordert, ob die alten Soldaten ihm die Treue hielten und noch hinter ihm ständen. Davon hat er sein weiteres Verhalten in der Reichspräsidentenwahl und sein Verhalten dem Kyffhäuserbund gegenüber abhängig gemacht. Dadurch entstand für uns eine besonders schwerwiegende, auch politische Frage, zu der wir Stellung nehmen mußten. Ein Treugelöbnis für unseren Feldmarschall und Ehrenpräsidenten ist für uns alte Soldaten selbstverständlich. Für die Leitung, die zu einer Stellungnahme gezwungen war, lagen die Dinge so: Sprechen wir dem Feldmarschall die Treue aus, dann müssen wir ihm auch als Bund Gefolgschaft leisten. Es ist nicht Sache des Kyffhäuserbundes, politische Bedingungen daran zu knüpfen. Parteipolitisch kann unmöglich genannt werden, wenn der Bund als solcher seinem Ehrenpräsidenten, dem im Amt befindlichen Reichspräsidenten, die Treue hält. Parteipolitisch wäre es gewesen, wenn wir anders gehandelt hätten nur deshalb, weil einzelne Parteien — die auch nicht grundsätzlich gegen die Wiederwahl waren — ihre Bedingungen nicht in vollem Umfange durchsetzen konnten. Der gewünschte und erhoffte Systemwechsel kann nicht vom Reichspräsidenten bewilligt, sondern nur durch die Parlamentswahlen erzwungen werden. Die Bundesleitung ist sich aber völlig klar darüber, daß jedem einzelnen — unbeschadet der Stellungnahme der Bundesleitung — das selbstverständliche Recht zusteht, nach seiner politischen Auffassung zur Wahl des Reichspräsidenten Stellung zu nehmen. Wir sind uns bewußt, daß manche Kreise, die nicht ausreichend oder gar keine Kenntnis über die Kämpfe der letzten Wochen haben, nunmehr die Gelegenheit benutzen werden, um unsere Einstellung für ihre Parteizwecke auszunutzen. Dem muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Niemand hat das Recht, unserem Bund falsche Beweggründe unterzuschieben. Ein Austritt von Kameraden oder Vereinen wäre nur dann gerechtfertigt, wenn ein Zwang ausgeübt würde. Die Freiheit der Entschließung hat jeder Kamerad nach bestem Wissen und Gewissen im vaterländischen Sinne auszunutzen.

Ein Aufruf des „Stahlhelms"

Berlin, 19. Februar. Der „Stahlhelm" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Ritterlicher Kampf" einen Aufruf, in dem im einzelnen die Haltung des „Stahlhelms" gegen die Kandidatur Hindenburg nochmals begründet wird. Der Reichspräsident habe es abgelehnt, sich von Dr. Brüning als Reichskanzler zu trennen und der Anregung der Bundesführer zu folgen und eine Kandidatur erst für den zweiten Wahlgang in Erwägung zu ziehen. Zum Schluß heißt es: Wir würdigen mit Ernst und Ehrfurcht die Gründe, die den Generalfeldmarschall zu seiner Entschließung bestimmt haben, uns zwingen andere Gründe auf einen anderen Weg. Hindenburg hält seinem Kanzler Brüning die Treue. Wir müssen uns selbst, unserer Idee, unserer Sache die Treue halten. So wird der Kampf unausweichlich. Doch in dem Augenblick wollen wir uns und dem Manne, mit dem uns trotz allem unser Soldatentum vereint, geloben: „Es soll ein ritterliches Kämpfen werden!"

Eine Entschließung der Deutschnationalen zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 19. Februar. In der letzten Parteivorstandssitzung der Deutschnationalen wurde, wie von der Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt wird, eine Entschließung angenommen, die sich gegen eine Benachteiligung der Partei und des übrigen Teiles der Rechtsopposition bei der Handhabung der Notverordnungen in dem bevorstehenden Wahlkampf wendet. Die DNVP. fordert zu Beginn der bevorstehenden Wahlkämpfe die Aufhebung der Notverordnungen, die eine Einschränkung der Presse- und Redefreiheit bezwecken. Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird dahingehende Anträge stellen.

Die S.A.P. für Thälmann

Berlin, 19. Februar. Die Parteileitung der S.A.P. hat beschlossen, bei der Reichspräsidentenwahl für den von der KPD. aufgestellten Kandidaten Ernst Thälmann einzutreten.

Die Präsidentschaftskandidatur der Harzburger Front

Berlin, 19. Februar. Ueber die Präsidentschaftskandidatur haben innerhalb der Harzburger Front gestern nur Vorbesprechungen stattgefunden, da Hitler erst abends in Berlin eintraf. Die erste Besprechung zwischen Hitler, Hugenberg und den Stahlhelmführern Seldte und Düsterberg wird heute Freitag mittags 12 Uhr stattfinden. Obwohl man in den beteiligten Kreisen die Aussichten für das Zustandekommen einer gemeinsamen Kandidatur jetzt wieder als günstiger betrachtet, rechnet man doch nicht mit einem schnellen Abschluß der Verhandlungen, zumindest nicht mit einer Bekanntgabe der Kandidatur der Rechten vor dem Abend des 23. Februar.

Unwahre Behauptungen

über die Parteizugehörigkeit des Staatssekretärs Meißner und des Obersten von Hindenburg

Berlin, 19. Februar. Zu den Pressegerüchten, der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, und der Adjutant des Reichspräsidenten, Oberst von Hindenburg, seien der Sozialdemokratischen Partei beigetreten, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß beide Herren keiner Partei angehören. Für den Obersten von Hindenburg als aktiven Reichswehroffizier kommt eine Parteizugehörigkeit von vornherein nicht in Frage.

Die Berliner Gastwirte beschließen Bierboykott

Berlin, 19. Februar. Der Kampfausschuß der Gastwirte hat heute mittag in einer Versammlung beschlossen, am Montag den Bierboykott durchzuführen. Der Boykott soll sich nicht allein auf Bier und Weißbier erstrecken, sondern alle Produkte der Großbrauereien umfassen. Von einer Schließung der Lokale will man absehen.

Völkerbundsversammlung am 3. März

Genf, 19. Februar. Der Völkerbundsrat hat heute abend nach über dreistündiger Sitzung beschlossen, entsprechend dem chinesischen Antrag die Völkerbundsversammlung auf den 3. März einzuberufen.

Die Delegierten aller in Schanghai vertretenen Ratsmitglieder einschließlich Chinas und Japans haben zugesagt, mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ablauf des japanischen Ultimatums sofort telegraphisch auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen an Ort und Stelle und die Vermeidung von Feindseligkeiten hinzuwirken.

Die französische Kabinettsbildung

Die provisorische Liste

Paris, 20. Februar. Eine erste provisorische noch unvollkommene Kabinettsliste wurde von Havas um 1 Uhr früh französischer Zeit veröffentlicht. Danach erhalten von den wichtigsten Posten: Ministerpräsident und Inneres Painlevé, Justiz und Vizepräsidium Chautemps, Auswärtiges Paul Boncour, Krieg Barthou, Finanzen Germain Martin, Kriegsmarine Leygues.

Fusion Commerzbank—Barmer Bankverein beschlossen

Wie dem DHD. von zuständiger Stelle bestätigt wird, kann der angekündigte Zusammenschluß der Commerz- und Privatbank AG. mit dem Barmer Bankverein vorm. Hinsberg, Fischer u. Co. als beschlossen angesehen werden.

Die Realsteuersenkung für 1932

Berlin, 19. Februar. Der Reichsstädtebund hat, wie seine Pressestelle mitteilt, unter der Voraussetzung, daß Sperre und Senkung der Realsteuern für das Rechnungsjahr 1932 ebenso aufrechterhalten bleiben wie für 1931, beim Reichsfinanzminister beantragt, von Reichswegen zu bestimmen, daß die Länder den Gemeinden den gleichen Betrag für die Senkung der Realsteuern im nächsten Rechnungsjahr zu ersetzen haben, wie im Rechnungsjahr 1931. Weiter hat der Reichsstädtebund gefordert, daß in allen Ländern, in denen für 1931 ein Ausgleichsfonds für die Senkung der Realsteuern aus der Hauszinssteuer gebildet war, dieser auch für 1932 reichsrechtlich mindestens in der gleichen Höhe vorgeschrieben werde und daß die Mittel aus diesem Fonds vorzugsweise solchen Gemeinden zuzuweisen sind, die durch Wohlfahrtslasten bezw. Rückgang des Realsteueraufkommens finanziell besonders eingeengt sind.

Der ostasiatische Konflikt im Völkerbundsrat

Genf, 19. Februar. Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag zusammengetreten, um sich auf Antrag Chinas mit dem ostasiatischen Konflikt zu beschäftigen. Der chinesische Delegierte Yen schilderte die neue kritische Zuspitzung der Lage in Schanghai und beantragte einstweilige Maßnahmen des Völkerbundsrates zur Verhinderung neuen Blutvergießens. Der japanische Delegierte Sato widersprach einigen Behauptungen des chinesischen Vertreters und begründete in ungewöhnlich langen Ausführungen das japanische Vorgehen mit den chaotischen Zuständen in China. Die von dem chinesischen Vertreter beantragten einstweiligen Maßnahmen hätten früher vorgeschlagen werden müssen. Gegenüber einer wohlgeordneten arbeitsfähigen Regierung hätte Japan ganz anders gehandelt. Es hätte jede friedliche Regelung angenommen und die Bestimmungen des Paktes so, wie sie sind, geachtet. Die Anwendung der Pakte würde aber den Tatsachen, wie sie in China vorliegen, nicht entsprechen. China sei nicht imstande, die Ausländer zu schützen und die Verpflichtungen aus den verschiedenen Verträgen einzuhalten. Wenn man uns als die Angreifer verurteilt, erklärte der japanische Vertreter, dann müßte man die Handlungsweise derjenigen Mächte verurteilen, die vor uns den gleichen Weg beschritten haben. In Schanghai nachzugeben, hieße für Japan, auf alle seine Interessen in China zu verzichten. Das könne keine japanische Regierung auf sich nehmen. Die Schaffung der Autonomie der Mandschurei, die vom Lande selbst ausgegangen sei, habe naturgemäß die Sympathien und die Unterstützung Japans gefunden.